
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 4 (1976)

DOI: 10.11588/fr.1976.0.48886

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Problèmes de la Rhénanie 1919–1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg. Actes du Colloque d'Otzenhausen, 14–16 octobre 1974, Metz 1975, 133 S. (= Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz, 6).

Seit einigen Jahren steht die Rheinland-Frage nach dem Ersten Weltkrieg wieder stärker im Blickfeld deutscher und französischer Historiker, nachdem vor langer Zeit die Debatte zum Stillstand gekommen ist. Es war die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Positionen, die nach dem Kriege zu einer Überprüfung der Ergebnisse geführt hat. Seit kurzem haben sich nun endlich auch die Archive des Pariser Außen- und Kriegsministeriums geöffnet, nachdem die deutschen Akten schon früher, zuletzt auch die Akten Adenauers als Kölner Oberbürgermeister zugänglich gemacht worden waren. Angesichts der wechselhaften Schicksale vieler französischer Archive im Kriege und infolge der Tradition französischer Politiker, wichtige Akten nach dem Ausscheiden aus dem Amt mitzunehmen, ist die Aussicht auf sensationelle Quellenfunde allerdings gering; jedenfalls ist von solchen seither nichts bekannt geworden. Die jüngst erschienenen Tagebücher Poincarés von 1919, die bislang in der Bibliothèque Nationale unter Verschluss lagen und nicht einmal seinem Biographen MIQUEL zugänglich waren, bestätigen diese Skepsis.¹

Weiterhelfen können also daher vor allem verfeinerte Interpretationsmuster und die Vielfalt der Fragestellungen. Beidem öffnet sich der vorliegende Sammelband, was ihn zur interessanten Lektüre werden läßt. Mit einer Ausnahme befassen sich sämtliche Beiträge mit außerdeutschen Standpunkten. Zunächst beschreibt M. VAYSSE den Rollenwandel des Rheins als strategischer Linie; J. BARIÉTY berichtet von den Aktivitäten der Internationalen Rheinland-Kommission unter Tirard; J.-M. MAYEUR behandelt die französischen Versuche, mit Hilfe der katholischen Kirche die Bindungen der rheinischen Bevölkerung an das Reich zu lockern; H. KÖHLER untersucht die Gründe, die zur Aufgabe der Rheingrenze durch die französische Regierung im Frühjahr 1919 geführt haben; H.-J. RUPIEPER stellt die Haltung Londons zur französischen Rheinlandpolitik bis zur Ruhrbesetzung dar; schließlich deckt F. P. KAHLBERG in den erhaltenen Resten der Berliner Filmpropaganda gegen die französische Besatzungsmacht eine bislang unbeachtete Quelle zur Zeitgeschichte und damit zugleich ein Instrument auf, das deutliche Kontinuitäten zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittem Reich erkennen läßt.

Die Vorträge basieren durchweg auf Archivstudien in Deutschland, bzw. Frankreich oder Großbritannien und bemühen sich mit Erfolg, die Voreingenommenheiten der nationalstaatlich orientierten Geschichtsschreibung zu überwinden. Selbst ein einstmals so heißes Eisen wie die Ruhrbesetzung von 1923/24 wird von den Historikern der beiden Länder heute offensichtlich einmütig beurteilt. Das heißt indessen nicht, daß bereits alle Fragen geklärt sind.

Versucht man, die verschiedenen Beiträge thematisch zu strukturieren, so fällt vor allem auf, daß neuerdings die französische Deutschlandpolitik nicht mehr als aus einem Guß bestehend beurteilt wird; vielmehr werden verschiedene Gruppen sichtbar, die miteinander um Einfluß rangen und sich dabei zum Teil gegenseitig blockierten.

¹ Raymond Poincaré, *Au service de la France*, vol. XI: *A la recherche de la paix 1919*. Notes de Jacques BARIÉTY et Pierre MIQUEL, Paris 1974.

Davon profitiert vor allem ein Mann wie Poincaré, der nunmehr in einem etwas weniger doktrinär-deutschfeindlichen Licht erscheint. Dies wird insbesondere deutlich an BARIÉTYS Studie, die Tirards Rheinlandpolitik gilt und sich damit einem »grand oublié« der Zeitgeschichte zuwendet. Während der Offensivtaktiker Foch bereits 1919 kaltgestellt wird, schafft sich Tirard in Koblenz ein mächtiges Kontrollorgan, das sich bisweilen politisch zu verselbständigen droht. BARIÉTY sieht in ihm den entschiedensten Vertreter der Separationspolitik, der freilich stets das Werkzeug der Regierung geblieben sei. Gerade letzteres muß allerdings nach seiner eigenen Aussage, aber auch aufgrund der Referate KÖHLERS und RUIPIERS bezweifelt werden. Gegen BARIÉTYS These, Poincaré habe 1923 mit Tirard in Koblenz und General Degoutte in Essen zwei Eisen zugleich im Feuer gehalten,² drängt sich vielmehr der Verdacht auf, die politische Dynamik Tirards – am deutlichsten sichtbar in dem von ihm eigenmächtig versuchten Projekt einer rheinischen Währung – habe sich nur durch die laufend mit größeren Vollmachten ausgestaltete MICUM unter Degoutte ausbalancieren lassen. Gewiß kamen Poincaré Tirards Initiativen nicht ungelegen, aber als der größere Realist respektierte schließlich auch er die Position Englands und lenkte ein. Er tat damit 1924 faktisch genau das, was er selbst 1919 an Clemenceau nachhaltig kritisiert hatte.

Die verschiedenen Ebenen, auf denen 1918/19 Rheinlandpolitik betrieben wurde, werden auch im Beitrag KÖHLERS sichtbar. Er, der jüngst mit seiner Entdeckung des freiwilligen Verkaufs der »Kölnischen Volkszeitung« an die Franzosen im Frühjahr 1918 neues Licht auf den rheinischen Separatismus geworfen hat,³ bezieht diesen auch hier als Instrument der französischen Deutschlandpolitik in seine Untersuchung ein. Dabei zeigt sich ebenfalls, daß die verschiedenen Kräfte oft keine aufeinander abgestimmte Politik zuwege brachten, woran die in ihrer Heterogenität von den Franzosen nicht durchschaute Rheinlandbewegung einen nicht unwesentlichen Anteil hatte. KÖHLER gelangt zu dem interessanten Schluß, daß die Rheinpolitik Clemenceaus nicht so sehr an internen Gegensätzen und auch nicht an der Haltung der englischen Regierung, sondern an Eberts gelungener Bewahrung der Reichseinheit – sichtbar geworden in der auch linksrheinisch durchgeführten Wahl zur Weimarer Nationalversammlung am 19. 1. 1919 – gescheitert ist: London hätte wohl eine Separation des Rheinlands toleriert, falls diese aus eigener deutscher Initiative zustande gekommen wäre, doch verspielte Clemenceau diese Chance durch mangelnde Abstimmung mit den politischen Kräften im Rheinland.

Eine weitere Gruppe, die im politischen Kräftespiel der laizistischen Dritten Republik allzu oft vernachlässigt wird, untersucht der in dieser Frage bereits mehrfach ausgewiesene J.-M. MAYEUR.⁴ Die im Unterschied zur sonstigen Haltung in der Rhein-

² Vgl. dazu auch dens., *Les réparations allemandes après la Première guerre mondiale: objet ou prétexte à une politique rhénane de la France (1919–1924)?*, in: *Bulletin de la Société d'histoire moderne* 72, No. 6 (1973), 21–33.

³ Henning KÖHLER, *Autonomiebewegung oder Separatismus. Die Politik der »Kölnischen Volkszeitung« 1918/19*, Berlin 1974.

⁴ Im Gegensatz zu den hier erstmals untersuchten konservativ-nationalistischen Katholiken war der liberalere, christdemokratisch orientierte Katholizismus bereits Gegenstand der Forschung: Jean-Claude DELBREIL, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand, 1920–1933*, Metz 1972. MAYEURS Referat korrigiert vor allem Jean-Pierre BOIS, *L'opinion catholique rhénane devant le séparatisme en 1923*, in: *Rev. d'hist. mod. et contemp.* 21 (1974), 221–251, wo dieser einen allzu unpolitischen deutschen Klerus zu sehen vermeint.

landfrage von ihm als geradlinig bezeichnete Kirchenpolitik der Kabinette des *Bloc national* glaubte, eine französisch-rheinische Interessenparallelität gegen das protestantische Berlin politisch nutzen zu können. Hauptakteure waren hierbei der von 1921–1946 amtierende Verbindungsmann des Quai d'Orsay zur Kirche, Louis Canet, und der französische Militärbischof im Rheinland, Mgr. Rémond, eine Entdeckung Tirards. Nach ersten Erfolgen, vermutlich begünstigt durch die anfängliche Unsicherheit der neuen Oberhirten in Köln, Trier und Mainz, endeten diese Versuche jedoch während der Ruhrbesetzung mit einem vollständigen Fehlschlag, die an der Erhaltung der deutschen Einheit interessierte Kurie spielte hierbei nach MAYEUR eine maßgebliche Rolle.

Eine wichtige Interessengruppe im deutsch-französischen Verhältnis, die Industrie, kommt in den vorliegenden Referaten jedoch erheblich zu kurz, wie überhaupt wirtschaftliche und finanzielle Aspekte allenfalls am Rande erwähnt werden.⁵ Eine Ausnahme macht lediglich RUIEPER, der dazu bereits an anderer Stelle⁶ einiges gesagt hat, denn Großbritanniens Politik ist offenbar am stärksten von wirtschaftlichen Überlegungen bestimmt. Nimmt man beide Beiträge zusammen, so fällt wirklich neues Licht auf die Ruhrbesetzung. Nach RUIEPER spielte dabei die englische Regierung – genauer gesagt das Schatzkanzleramt, das sich hier gegen das Foreign Office durchsetzte – das Zünglein an der Waage, weil sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beider Kontrahenten ausnützte und ihr seit langem vertretenes Ziel einer Revision des Versailler Vertrags durchsetzte: indem sie sich zusammen mit der *City* für eine Unterstützung der Mark anstelle der geplanten rheinischen Separatwährung entschied, bestimmte sie zugleich den Ausgang des Ruhrabenteuers. Dank RUIEPER wurde wenigstens in Ansätzen eine neue Dimension dieses Zeitabschnitts sichtbar. Obwohl die Quellen bislang über Poincarés wirkliche Motive zur Invasion schweigen, zeigt sich doch, daß der finanzielle Aspekt unterbewertet worden ist. Die Probleme der französischen Haushaltspolitik,⁷ die durch die deutsche Zahlungsunwilligkeit noch erheblich vermehrt wurden, die Absicht Londons im Sommer 1922, die Reparationsfrage durch Streichung aller Zahlungsverpflichtungen Deutschlands zu lösen, die fortwährende Stärkung der deutschen Exportwirtschaft auf Kosten der französischen als Folge der Inflation und nicht zuletzt die Interessen der französischen Industrieverbände⁸ (Poincaré, der französische Botschafter in Berlin, Laurent, und viele andere

⁵ Siehe dazu aber J. BARIÉTY, *Le rôle de la minette dans la sidérurgie allemande et la restructuration de la sidérurgie allemande après le Traité de Versailles*; *Trauvaux et recherches 1972* (= Publications du Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz, 3) Metz 1973. Georges SOUTOU, *Problèmes concernant le rétablissement des relations économiques franco-allemandes 1918–1920*, in: *Francia* 2 (1974), 580–596; ders., *Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21*, in: *Vierteljah. f. Zeitg.* 23 (1975), 237–270.

⁶ *Industrie und Reparationen. Einige Aspekte des Reparationsproblems 1922–1924*, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*; hg. v. Hans MOMMSEN u. a., Düsseldorf 1974, 582–592.

⁷ Material dazu außer in Alfred SAUVY'S *Histoire économique de la France entre les deux guerres*, vol. 1, Paris 1965 und bei Yves TROTIGNON, *La France au XX^e siècle*, vol. 1, Paris 1968, bes. S. 91 ff. jetzt auch bei Giancarlo FALCO/Marina STORACI, *Fluttuazioni monetarie alla metà degli anni 20: Belgio, Francia e Italia*, in: *Studi storici* 16 (1975), 57–101.

⁸ Bis jetzt liegen nur Untersuchungen zu deutschen Verbänden vor. Vgl. Georges SOUTOU, *Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919–1921*, in: *Industrielles System* (wie Anm. 6), 543–551. Anregungen und Hinweise zur französischen

hohe Politiker hatten enge Kontakte zum *Comité des Forges*) – das sind nur einige Punkte, denen sich die Forschung künftig vermehrt zuwenden sollte, damit die Ruhrbesetzung nicht mehr ausschließlich unter dem Aspekt der *sécurité*⁹ betrachtet wird. Daß sich damit auch die Bewertung ihres Ausgangs, der bislang einmütig als katastrophal beurteilt wird, ändern würde, liegt auf der Hand.¹⁰

So besteht die Quersumme des vorliegenden Sammelbandes in einer bislang in dieser Deutlichkeit nicht gesehenen Vielfalt der beteiligten Kräfte vor allem auf französischer Seite zwischen 1919 und 1923/24. Dieses Faktum bedingte auch eine stärkere Differenzierung der Deduktionen. Für die Forschungspraxis zeigt sich somit einmal mehr, daß nur eine enge Kooperation deutscher und französischer Historiker eine zuverlässige Aufarbeitung dieses einstmals so umstrittenen Themas zu leisten vermag. Es bleibt zu hoffen, daß die so gewonnenen Erkenntnisse schließlich auch ihren Weg in die Schulbücher beider Nationen finden.

Christof DIPPER, Trier

Gottfried NIEDHART, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939, Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München (Wilhelm Fink Verlag) 1972, 8°, 497 S. (Veröffentlichungen des historischen Instituts der Universität Mannheim Band 2).

Julian Campbell DOHERTY, Das Ende des Appeasement. Die britische Außenpolitik, die Achsenmächte und Osteuropa nach dem Münchener Abkommen, Berlin (Colloquium Verlag) 1973, 8°, 284 S. (Studien zur europäischen Geschichte Band 9).

Depuis l'ouverture des archives du Foreign Office pour les années 1930, la politique anglaise d'apaisement vis-à-vis des pouvoirs révisionnistes de l'entre-deux-guerres a trouvé un intérêt ravivé. Pourtant, certaines grandes études, dont celle de Gottfried NIEDHART que nous présentons ici, ont été élaborées en large mesure auparavant et n'ont eu à subir que des retouches à la lumière des archives avant leur publication. Ces études montrent que la discussion sur la politique d'apaisement, très importante déjà après la guerre, avait autant besoin des documents que nous apportent maintenant les archives que d'une réflexion sur les problèmes de fond et sur les méthodes. Plusieurs études, entre autres, avaient analysé la radio et la presse anglaises de l'époque, mais aucune d'entre elles n'avait tenu compte des structures de l'«opinion publique» qui, par exemple, rendent difficile et souvent artificielle la distinction entre opinion

Seite finden sich in den Diskussionsbeiträgen GIRAULTS und SOUTOUS zu BARIÉTYS Aufsatz von 1973 (Anm. 2), S. 31 ff.

⁹ Die Untersuchungen zu den strategischen Konzeptionen Frankreichs sollten ebenfalls neben den rein militärfachlichen Auseinandersetzungen zwischen Pétain und Foch gesellschafts- und finanzpolitische Gesichtspunkte berücksichtigen, wie dies Judith M. HUGHES, *To the Maginot Line*, Harvard 1971, exemplarisch getan hat. Der Beitrag von M. VAÏSSE leidet etwas an quellenmäßiger und methodischer Eintönigkeit.

¹⁰ So äußern sich auch R.A.C. PARKER, *Das 20. Jahrhundert, I: 1918–1945* (= Fischer Weltgeschichte, 34), Frankfurt 1967, S. 83 f. und J. NÉRÉ in einer Bemerkung zu BARIÉTYS Aufsatz (wie Anm. 2), S. 29 sowie neuerdings Philippe BERNARD, *La fin d'un monde, 1914–1929* (= Nouvelle histoire de la France contemporaine, 12), Paris 1975, S. 160f.